

PDS

extraDrei

Die Zeitung für Pankow – Prenzlauer Berg – Weißensee

November 2001



Der Wahlkampf im Rückblick

Dieser Wahlkampf war in mehrfacher Hinsicht etwas Besonderes. Er kam überraschend, er war extrem lang, er wurde in neuen, kaum gefestigten Strukturen geführt und die PDS ging mit dem Ziel einer möglichen Regierungsbeteiligung ins Rennen.

kampfgruppe, vornehmlich aus jungen Genossinnen und Genossen unter Leitung von Sascha Kummer.

Annähernd 6.000 Plakate wurden geklebt und in das Straßenland gehängt, mehr als bei vorhergehenden Wahlen. Viel Resonanz erzielten unsere Friedenplakate. Viele Bürger

Im Auftrag der Hauptversammlung und des Bezirksvorstandes arbeitete das Bezirkswahlaktiv zur Koordinierung des Wahlkampfes. Hier wurde regelmäßig die politische Lage in den Wahlkreisen eingeschätzt, die geplanten Aktionen erfaßt, die konkreten Aufgaben für die nächste Woche abgestimmt, Probleme besprochen, Erfahrungen ausgetauscht und die Orientierungen des Landeswahlbüros umgesetzt. Die Mehrheit der Wahlkreisteams und Ortsverbände haben sich daran aktiv beteiligt. Kritisch ist zu vermerken, daß die Vertreter des Wahlkreises 1 sehr wenig und die Vertreter der Wahlkreise 2, 3 und 6 unregelmäßig an diesen Beratungen teilnahmen. Aus dem Wahlkreis 1 gab fast keine Rückmeldungen. Hervorzuheben ist die Arbeit in den

8 Direktmandate für die PDS								
Wahlkreisergebnisse (in Prozent)								
	WK 1	WK 2	WK 3	WK 4	WK 5	WK 6	WK 7	WK 8
CDU	19,7	17,5	13,4	21,5	15,9	10,3	11,6	7,6
SPD	30,8	31,9	30,6	30,1	33,3	30,2	29,7	28,7
PDS	38,9	36,9	42,6	37,0	38,7	38,4	41,6	36,7
BüG	3,8	6,6	8,3	4,3	6,2	15,0	11,1	21,9
FDP	6,8	7,1	5,1	7,1	5,9	5,0	5,1	4,3

Stimmvorsprung

- WK1: 1.666
- WK2: 1.179
- WK3: 2.462
- WK4: 1.399
- WK5: 985
- WK6: 1.849
- WK7: 2.657
- WK8: 1.759

Trotz aller Besonderheiten und Probleme ist es uns über die Sommermonate gelungen, die Bezirksorganisation für diesen Wahlkampf zu mobilisieren. In allen acht Wahlkreisen gab es eine hohe Bereitschaft im Kampf um ein hohes Wahlergebnis. Über 300 Genossinnen und Genossen unseres Bezirkes waren in den Wahlkampf aktiv eingebunden. An fast 200 Infoständen, davon 33 als „Gysi-Stände“ bereits im August, und bei zahlreichen Steckaktionen wurden 250.000 Druckmaterialien im Bezirk verteilt. 30 Genossinnen und Genossen aus anderen Bundesländern halfen uns dabei. Sie waren in den Stadtteilen unterwegs, in de-

bestärkten uns an den Infoständen, im persönlichen Gespräch und per Telefon zu unserer konsequenten Friedenshaltung.

Bestandteil unserer Strategie waren auch einzelne, herausragende Veranstaltungen während des Wahlkampfes. Ein großer Erfolg waren unsere Auftritte beim Weißenseer Blumenfest und beim Fest an der

Listenwahl zum Abgeordnetenhaus									
	Fusionsbezirk		Prenzlauer Berg		Weißensee		Pankow		
	2001	1999	2001	1999	2001	1999	2001	1999	
CDU	20.996	12,3%	26,9%	8,4%	20,7%	15,7%	32,9%	14,2%	29,7%
SPD	42.353	24,8%	19,9%	24,1%	18,5%	25,5%	19,2%	25,1%	19,3%
PDS	73.398	42,9%	34,4%	42,9%	34,7%	42,9%	32,9%	43,6%	34,7%
BüG	16.266	9,5%	10,5%	15,8%	17,4%	4,3%	5,4%	5,7%	6,6%
FDP	9.946	5,8%	1,3%	4,8%	1,2%	6,1%	1,2%	6,1%	1,4%

Die PDS erreichte in 337 Stimmbezirken und Briefwahlkreisen die größte Stimmenzahl und teilte sich mit der SPD einmal den 1. Platz. Sie lag zweimal hinter der SPD und einmal hinter der CDU an 2. Stelle.

Panke, sowie unser Mauerparkfest. Das geplante Fest auf dem Hugenottenplatz in Französisch Buchholz konnte auf Grund der Ereignisse in den USA nicht mehr stattfinden. Die kulturellen Veranstaltungen zum Jour fixe wurden zu wenig besucht. Der „Laden im Dritten“ in der Kopenhagener Straße ist noch keine bekannte Adresse für kulturelle Veranstaltungen im Bezirk. Um die Ausstrahlung unseres Ladens zu erhöhen, wird eine Arbeitsgruppe oder ein Klubrat benötigt, der hier regelmäßig Veranstaltungen organisiert. Unsere ständig aktuelle Internetpräsentation und die Annoncen in den Wochenblättern waren eine wirksame Unterstützung des Wahlkampfes.

Wahlkreisen 4, 5, 6 und 8. Hier gab es konkrete Konzepte zur Wahlkampfplanung, zur Koordinierung der Aktivitäten der Basisorganisationen und zur Mobilisierung zahlreicher Wahlkampfhelfer. Mit dieser konkreten Planung und Führung des Wahlkampfes war es den Genossen der Wahlkreise 5, 6, und 8 auch möglich die Genossen in den Wahlkreisen 4 und 7 wirksam zu unterstützen.

Für den Austausch von Informationen und zur Weiterleitung von Terminen und Aufgabenstellungen hat sich die Arbeit mit dem Internet bewährt. Mehr und mehr Genossen verfügen über einen Internetzugang und sind so per e-mail schnell erreichbar.
Thomas Goetzke

Wahlen zur BW						
	2001		1999		Differenz	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
CDU	23.727	13,8	41.018	25,8	-17.291	-12,0
SPD	48.523	28,2	32.139	20,2	16.384	8,0
PDS	63.976	37,2	57.070	35,9	6.906	1,3
BüG	19.240	11,2	16.765	10,6	2.475	0,6
Rep	2.590	1,5	4.625	2,9	-2.035	-1,4
FDP	8.561	5,0	1.716	1,1	6.845	3,9
NPD	2.371	1,4	1.867	1,2	504	0,2

nen wir keine arbeitsfähigen Basisorganisationen mehr haben. Sehr bewährt hat sich die mobile Wahl-

Wahlsieg erreicht! Und was nun?

Berlin hat gewählt. Mit dem Wahlergebnis vom 21. Oktober wurde der im Frühjahr vollzogene Regierungswechsel per Votum bestätigt. Der Weg für einen Politikwechsel war frei.

Die SPD wurde stärkste politische Kraft in Berlin. Daraus erwächst ihr die Verantwortung zur Regierungsbildung. Die PDS erreichte mit einem Stimmresultat von 22,6 Prozent deutlich ihr Wahlziel von 20 plus x. Sie wurde in den Ostbezirken stärkste politische Kraft und verfehlte mit fast 48 Prozent an Zweitstimmen nur knapp die absolute Mehrheit. In den westlichen Bezirken stimmten 6,9 Prozent der Wählerinnen und Wähler für die PDS. Damit übersprang die PDS erstmals in einem ehemaligen westlichen Bundesland die 5-Prozent-Hürde. Für die PDS stimmten im Westen mehr Menschen als für die Grünen und die FDP im Osten zusammen.

Der Wählerwille war damit eindeutig: Berlin hat für eine rot-rote Regierung aus SPD und PDS gestimmt. Alle Warnungen und Drohungen nach dem Motto: „Wählt nicht die PDS, sonst droht euch Liebesentzug von CDU, Bundeskanzler, Wirtschaft und wem auch immer!“ – haben nicht gefruchtet.

Was mit der Wahl nicht gelang – nämlich die PDS aus der Verantwortung für die Stadt fern zu halten – wird nun durch den Regierenden Bürgermeister Wowereit ganz ohne Wahl umgesetzt. Seine Entscheidung für eine Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP ist die Flucht zurück in den alten Westberliner Filz mit etwas anderen Farbsprengelungen. Die Einbeziehung der FDP in die Koalition stellt zudem die Weichen auf soziale Kälte und eine rücksichtslose Privatisierungspolitik. Stimmen der abgewählten CDU werden über den Umweg „Leihstimme“ für die in Berlin nur als virtuelle Partei bekannte FDP nun zur Installierung einer Regierung mißbraucht, die in

Berlin niemand haben wollte. Und dem Osten signalisiert man: „Ihr könnt wählen, was ihr wollt – das beeindruckt uns noch lange nicht!“

Die PDS bleibt auf Landesebene in der Opposition. Das mag uns parteitaktisch bequem erscheinen, weil man sich damit leicht aus der politischen Verantwortung für die schmerzhaften Haushaltseinschnitte stellen kann, vor der die neue Berliner Landesregierung steht. Doch genau das will und wird die PDS nicht tun. Wir werden nicht aus der Schmollecke heraus mit populistischen Phrasen an der neuen Regierung herumkritteln. Wir setzen weiter auf eine konstruktive und verantwortungsvolle Politik.

Auch im Bezirk Prenzlauer Berg/Weißensee/Pankow hat die PDS ihre Wahlziele erreicht und ihre Stellung als stärkste kommunalpolitische Kraft ausgebaut. Wir errangen 22 Sitze in der Bezirksverordnetenversammlung, verteidigten unserer drei Stadtratsposten und gewannen erstmals alle acht Direktwahlkreise zum Abgeordnetenhaus. Das damit repräsentierte Vertrauen der Wählerinnen und Wähler ist für uns eine neue Herausforderung. Das Wählervotum bestätigt uns in unserer kommunalpolitischen Führungsverantwortung. Daraus erwächst auch der Anspruch auf das Bürgermeisteramt für die PDS im Bezirk.

Was vor der Wahl von uns versprochen wurde, gilt nun natürlich erst recht nach der Wahl für unsere Bezirkspolitik: Wir werden dafür eintreten, daß die Finanzprobleme Berlins nicht auf Kosten der sozial Schwachen „gelöst“ werden. Trotz der Zwänge bei der Haushaltspolitik wird sich die PDS dafür einsetzen, daß an den Angeboten und Leistungen, die den Menschen im Bezirk unmittelbar zugute kommen, die geringsten Abstriche gemacht werden.

Doch vor der Umsetzung unserer politischen Vorhaben steht auch im Bezirk die Konstituierung der Be-

Werte Genossen,

im Namen des Kreisvorstandes KSCM Prag 6 gratuliere ich Euch zum hervorragenden Wahlergebnis in Berlin.

Mit kameradschaftlichen Grüßen

Veroslav Sobek, Mitglied des Zentralkomitees der KSCM

zirksverordnetenversammlung und die Wahl des Bezirksamtes. Insbesondere bei der Bezirksamtswahl droht – ähnlich wie bei der Ampelkoalition auf Landesebene – die Bildung einer Zählgemeinschaft gegen die PDS. So scheint die SPD im Bezirk bestrebt zu sein, einen eigenen Bürgermeister gegen die PDS durchsetzen zu wollen. Dazu benötigt sie eine Zusammenarbeit mit der bezirklichen CDU und mit Bündnis 90/Die Grünen. Damit wäre der bezirkliche Wählerwille im Nachhinein genauso verkehrt wie der auf der Landesebene. Die PDS könnte aus ihrer Gestaltungsverantwortung in die Oppositionsrolle gedrängt werden.

Um das zu verhindern, verhandelt die PDS mit allen in der BVV vertretenen Parteien über die Konstituierung der BVV und des Bezirksamtes. Wir erwarten dabei von den bezirklichen Parteien die Fairneß, die es auf Landesebene nicht zu geben scheint. Was dabei am Ende für uns heraus kommt, wird sich zeigen.

Wir werden – unabhängig von einem Votum der BVV für oder gegen einen PDS-Bürgermeister – unsere sachbezogene Politik fortsetzen. Wir haben in der Vergangenheit gelernt, auch als kraftvolle Opposition im Bezirk unserer kommunalen Verantwortung gerecht zu werden.

Im Übrigen: im nächsten Jahr sind Bundestagswahlen. Sicher lohnt es sich dann für die aufgeweckten Wählerinnen und Wähler, mit noch mehr PDS-Stimmen auszutesten, ab wieviel Prozent Stimmenzuwachs die PDS von den Regierenden endlich ernst genommen wird.

Gernot Klemm

Am 21.10.01
per Fax aus Prag

Nachschlag

In der Juli/August-Ausgabe von extra Drei berichteten wir über Geschichte und aktuelle Situation des Kinderkrankenhauses Weißensee. Unsere Autorin Ingeborg Simon (MdB) verwies in ihrem Artikel unter anderem auf eine von ihr gestellte Kleine Anfrage, deren Beantwortung zum damaligen Zeitpunkt noch ausstand. Sie wollte vor allem wissen, welchen Kosten durch den Leerstand der Gebäude seit 1997 entstanden und warum es trotz einer Ankündigung des Senates aus dem

Jahre 1999 zu keiner Ausschreibung des Grundstückes gekommen ist.

Nun liegt die Antwort der Finanzsenatorin Krajeweski (SPD) vor, und wir wollen sie unseren Lesern nicht vorenthalten.

Über Art und Höhe der Schäden, die durch Leerstand und Vandalismus an den Gebäuden entstanden sind, kann die Finanzverwaltung keine Angaben machen, weil dazu ein Gutachten erforderlich wäre – das es nicht gibt. Bekannt ist allerdings, daß der Bezirk seit 1997 (bis zur Einbringung des Grundstückes in den Liegenschaftsfond des Landes im Jahr 2000) jährlich (!) 25 bis 30 Tausend DM für Sicherungsmaßnahmen und rund 100 Tausend DM für Heizung, Stadtreinigung, Feuerversicherung und Wasser ausgeben mußte. Im Überschlag macht das eine schlappe halbe Million DM, die dem Bezirk so verloren gingen und nicht für wichtigere Auf-

gaben verwendet werden konnten.

Und das Taxameter tickt weiter. Nun entstehen die Kosten dem Land Berlin direkt, was nicht wirklich ein Trost für den Bezirk sein kann, denn auch das Land Berlin kann bekanntlich kein Geld drucken. Die Kosten häufen sich weiter auf, weil eine Ausschreibung des Grundstückes bis zur Beantwortung der Kleinen Anfrage immer noch nicht erfolgt war. Die Begründung dafür ließt sich wie eine Ausrede: Erst fehlten Gutachten, insbesondere des Denkmalschutzes, dann war nicht klar, ob das Grundstück nun in den Liegenschaftsfond kommt, und als das dann geklärt war, wollte die Finanzverwaltung dem Treuhänder nicht mehr dazwischen funken. Jetzt aber, da war sich die Finanzsenatorin Ende Juli 2001, als die Kleine Anfrage beantwortete, ziemlich sicher, „wird das Objekt voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte“ ausgeschrieben. Das Ende der zweiten Jahreshälfte 2001 ist abzusehen. Von einer Ausschreibung ist nichts bekannt. Berlin muß sparen...
Wolfram Kempe

Milchlinik
in Weißensee



Kulturmeile ohne Kulturhaus?

Das Titelfoto von
extraDrei:
Warten
auf die Kultur?

Eine Kulturmeile sollte sie nach den Wünschen des damaligen Kulturstadtrates Alex Lubawinski (SPD) werden – die Breite Straße zwischen Pankow-Kirche und Stiftsweg. Wer nicht mit geschlossenen Augen durch die Welt läuft, wird zugeben: Nicht wenig hat sich in den vergangenen fünf Jahren getan.

Die Caritas-Klinik, flankiert vom renovierten Kavaliershaus und dem sanierten Verwaltungsgebäude Nr. 48, der Amalienpark und seine anliegenden Villen, rechts und links mit dem Frauentreff und Frau Saavedras Kleinod für Leseratten, das Seniorenzentrum der Cajewitz-Stiftung, schräg gegenüber das Café Garbáty und manches andere gebären und atmen Kultur – zur Freude

der Pankower und ihrer Gäste. Bislang auch das Kulturhaus.

Nun schreiben Zeitungen, bald gehe dort das Licht aus. Die Geschäftsführerin des seit 1998 zuständigen Kulturvereins Prenzlauer Berg, Eveline Lämmer, beschwichtigt: das Haus habe „schon immer“ mit befristeter Förderung gelebt. Aber im September sind die SAM-Stellen ausgelaufen. Ob neue genehmigt werden, steht in den Sternen. Die Kulturhoheit in der Kommune hat längst das Arbeitsamt, sagt der frühere Vorsitzende des Kulturausschusses der (Alt-)Pankower BVV, Rainer Eigendorff, der jetzt ehrenamtlich und kommissarisch das Kulturhaus leiten will. Ein neues inhaltliches Konzept müsse her, vielleicht gar ein öffentliches

Betreibermodell. Beim Kulturforum Anfang Oktober in der „Wabe“ hatte Kulturstadtrat Burkhard Kleiner (PDS) das Kulturhaus als „unverzichtbar“ bezeichnet und die Suche nach einem anderen Betreiberkonzept unterstützt, wobei sich das Leistungsangebot an dem Bedarf orientieren müsse. Diese Grundsätze sind auch in den Wahlaussagen der PDS Berlin Drei zu den jüngsten Berliner Wahlen enthalten.

Alle bestätigen: ein Kulturhaus wird an diesem Standort gebraucht. Die neu gewählte BVV und das neue Bezirksamt werden bald handeln müssen, sonst geht ein weiteres Stück Kiezkultur den Bach runter. Oder ist das zu schwarz gesehen?
Klaus Gloede

Das Ende der Vernunft

Die Regierungsparteien marschieren in Sachen „Innere Sicherheit“. Grüne postulieren die Ausweitung polizei- und geheimdienstlicher Befugnisse. In Hamburg holt der Populist Schill mit zweifelhaften Bedrohungsszenarien auf einen Schlag mehr als 20 Prozent aller Wählerstimmen. Die Medien vermitteln das Bild von der dunklen Bedrohung des Bösen an sich, das sich in Taliban und Milzbrand-Briefen findet.

Wären die aus Hamburg stammenden New-York-Attentäter mit einem Paß mit Fingerabdrücken und biometrischen Daten wirklich aufzuhalten gewesen? Glaubt Schily tatsächlich, mit Kronzeugen-Regelungen ließen sich zum Selbstmord entschlossene Attentäter zu Offenbarungen gegenüber den Sicherheitsbehörden motivieren? Welchen Sinn hat eine Kamera in der Innenstadt bei Angriffen dieser Art? Wie hätte „weniger Datenschutz“ a la Schily einen solchen Anschlag verhindern sollen, und wie soll er es für die Zukunft?

Derzeit wird der Rechtsstaat auf den Kopf gestellt, die Unschuldsumutung wird zum Generalverdacht. Allein die Zugehörigkeit zu einer „Mustergruppe“ soll zur umfassenden Ausforschungsgrundlage genügen. Polizei und Geheimdienste werden in einen umfassenden Datenverbund umgebaut. Das Grundgesetz wurde 1949 von den Alliierten nur unter dem Vorbehalt strikter Trennung genehmigt, nachdem etwa Sozialdemokraten von der Gestapo auf Basis der Daten verhaftet und ermordet wurden, die sozialdemokratische Innenminister in Zeiten der Weimarer Republik über sie gesammelt hatten.

Nun soll die Terror-Hysterie nicht umgedreht werden. Vernünftige Vorschläge, wie öffentliche Sicherheit tatsächlich zu erhöhen wäre, sind ja nicht verboten. Die Frage nach Sinn und Unsinn von Maßnahmen wird jedoch nicht zugelassen. „Zynisch und menschenverach-

tend“ ist jeder, der nicht jede innen- wie außenpolitische Maßnahme der Bundesregierung gleich mit Beifall und Unterstützungsrufen honoriert. Keiner muß sich mehr die Mühe geben, die Tauglichkeit einer Maßnahme zur „Terrorbekämpfung“ zu begründen.

Viel vernünftiger Widerspruch in SPD und Grünen, der früher noch mit Sanktionen von Parteichefs, dem Außenminister, dem SPD-Generalsekretär oder Fraktionschefs unterbunden werden mußte, hat sich jetzt selbst diszipliniert und ist verstummt. Das macht es den Sicherheitsaposteln von Schill bis Schily leicht, die angestaubten Befugnis-erweiterungsideen für die Sicherheitsbehörden als notwendige Antwort auf das „Böse“ zu verkaufen. Über viele dieser Vorschläge wurde jahrelang der Kopf geschüttelt.

Insofern ist die Prophezeiung, nach dem 11. September werde nichts mehr so sein wie zuvor, zur Befürchtung geworden, daß nach und nach eine sehr dünne Demokratie übrig bleibt, die zu autoritären Regimes eine größere Nähe besitzt, als die Protagonisten eines permanenten Überwachungs- und Ausnahmezustandes uns glauben machen wollen. Selbst an manchen Hollywood-Film fühlt man sich da erinnert, in dem „innere Sicherheit“ zum Selbstzweck wird. Wenn biometrische Daten und Fingerabdrücke – aber auch alle anderen Arten von Daten – erst einmal vorhanden sind, dann können sie zu jedem beliebigen Zweck nutzbar gemacht werden. Auch zum Aufspüren von Leuten, die ihre Notdurft in Parkanlagen verrichten oder die mit dem fremden Auto zu schnell gefahren sind. Oder vielleicht sogar zum Aufspüren des Nebenbuhlers, wenn der Gehörnte sich Zugang zu den personenbezogenen Daten verschaffen kann. Da spielt die Frage, ob auf die Daten illegal zugegriffen wurde, dann auch keine Rolle mehr.

Vernunft ist immer Abwägung. Keine rechnerische Abwägung,



etwa der Toten in Afghanistan gegen die Toten in New York. Sondern eine Abwägung zwischen Zwecken und Mitteln, die zur Erreichung dieser Zwecke eingesetzt werden. Bestimmte Mittel verkehren den Zweck an sich: Ein umfassender Krieg für den Frieden vor Terrorismus ist außenpolitisch genauso absurd, wie innenpolitisch die Abschaffung der Freiheit zu ihrer besseren Sicherung. Wer Sicherheitsgesetze derart ausweitet, daß Menschen nur noch Figuren auf einem innenpolitischen Spielbrett sind, wer alle unter Generalverdacht setzt und die individuellen Freiheitsrechte unter einen allgemeinen Sicherheitsvorbehalt stellt, wer Freiheitsrechte als „Kollateralschäden“ im Antiterrorkampf opfert, der gerät – ob als Staat oder als Einzelner – immer in die Nähe des gleichen „Bösen“, das er zu bekämpfen vorgibt. Der muß sich dann die Frage gefallen lassen, wo in seinem Weltbild die „zivilisatorischen Errungenschaften“ eigentlich zu finden sind, die die moralische Überlegenheit des Westens gegenüber dem Rest der Welt begründen sollen.

Klaus Lederer

Schlaflos im Wahlkampf

Kondome, Feuerzeuge, Brausepulver, Bonbons und vieles mehr war die Ausrüstung für eine Wahlkampfaktion der ganz besonderen Art. Jeweils zu den Abenden am Freitag und Sonnabend trafen sich mehrere Wahlkämpfer in der Geschäftsstelle und schnappten sich Sonnenschirme, Infostand sowie Infomaterial und verstauten alles im Lastenfahrrad. Obendrauf kam noch die Flasche Rotwein und los ging es. Die kühlen Oktobernächte vor dem 21. gehörten den Nachtständen oder, wie wir es tauften, „One-Night-Stand mit der PDS“.

Alles begann im Berliner Wahlkampf 1999. Es wurde eine Idee gesucht, mit der es uns gelingen konnte, neben Steckaktionen, Plakate hängen und Infoständen auch Spaß in den Wahlkampf zu bringen. Schnell war klar, daß es etwas sein mußte, womit der politische Geg-

ner aber auch der Wähler überrascht werden können. Und wenn man im Prenzlauer Berg lebt, dann wird es faßbar, daß es einer gewissen Nachtaktion bedarf. In einem Bezirk, wo das Leben am Tag und in der Nacht pulsiert, kann nicht mit Sonnenuntergang der Wahlkampf aufhören. So entstand die Idee sich an zentralen Punkten im Bezirk ab 22 Uhr zu positionieren und den Wähler auch im Mondlicht zu beglücken. Während der politische Gegner bereits von großen Wahlsiegen träumte, standen wir vor Prater, Kulturbrauerei oder Colosseum. Der Zulauf zeigte uns, daß wir mit dieser Art von Wahlkampf auf Erfolgskurs waren.

Was sich also bereits vor zwei Jahren bewährt hatte, sollte auch diesmal unser As im Ärmel sein. Im Durchschnitt waren wir sechs tapferere WahlkämpferInnen, die sich trotz Augenringen und totaler Erschöpfung an den Oktoberwochenenden trafen. Auch einige DirektkandidatInnen unterstützten das Team. Und wieder einmal traf man uns vor Prater und Colosseum, aber auch auf dem

Helmholzplatz und am U-Bahnhof Eberswalder Straße. Mit Überzeugung verteilten wir unsere kleinen Nachtpakete: Kondom – denn öffentliche Sicherheit geht alle an; Streichhölzer – für romantischen Kerzenschein; Kugelschreiber – zum Notieren der Telefonnummer; Brausepulver – für prickelnde Stimmung; Bonbon – für den guten Atem danach; Gysi CD – die Schmusemusik zum Einschlafen und Kurzwahlprogramm – die kleine Bettlektüre. Wer jetzt noch nicht genug hatte, dem wurde die kleine Überlebenstüte zusammengestellt mit allem wichtigen Infomaterialien der PDS.

Manch ein Wähler konnte es gar nicht glauben, als er uns zu so später Stunde auf der Straße traf und kommentierte das Ganze mit „Die PDS ist wohl überall? Wann schläft ihr eigentlich mal?“ Uns blieb nur, verschmitzt zu Lächeln und die Achseln zu zucken. Andere Wähler wiederum konnten von uns nicht genug kriegen und besuchten uns gleich mehrmals in der Nacht oder führten lange politische Debatten mit uns. Zumindest war der Erfolg auf unserer Seite und eines ist klar, daß wir auch in den kommenden Wahlkampfnächten wieder mit dabei sind. *Sascha Kummer*



Aktive Basis in Weißensee

Bei der Auswertung des Wahlkampfes 2001 zog der Ortsverband Weißensee ein positives Fazit. Noch nie wurde in unserem Ortsteil mit so relativ geringen finanziellen Mitteln ein solch hohes Maß an politischer Wirksamkeit im Wahlkampf erreicht. So nahmen zum Beispiel 25 Prozent unserer Genossen und Genossen aktiv an organisierten Formen des Wahlkampfes teil. Davon zeugen zwei Straßenfeste, zwei Dutzend Infostände, zwei Steckaktionen, bei denen jeweils 10.000 Wahlzeitungen bzw. Faltblätter verteilt wurden; fast

doppelt so viele Plakattafeln wie bei den letzten Wahlen wurden vorbereitet und auch mit eigenen Kräften gehängt. Das alles trug unseres Erachtens nicht unwesentlich zum außerordentlich guten Wahlergebnis in Weißensee bei. Dank sei allen Genossen und Sympathisanten!

Bei der großen Mehrzahl der Infostände in der Berliner Allee, auf dem Antonplatz oder in der Börnestraße war augenfällig: Noch nie kamen so viele Bürger auf uns zu, suchten das Gespräch mit uns und drückten ihre Sympathie mit der Politik unserer Partei aus.

Kritisch sei vermerkt, daß eine höhere Termintreue bei der Bereitstellung von Wahlkampfmaterialien (Plakate, Folder) durch die Wahlkampfleitung des Landes uns an der Basis die Arbeit wesentlich erleichtern würde.

Die gelungenen Wahlkampfaktivitäten, der wachsende Zuspruch unserer Weißenseer Bürger und die hohe Bereitschaft unserer Genossen in allen Basisorganisationen lassen uns mit Optimismus an die Vorbereitung des Wahlkampfes 2002 gehen.

Hansgeorg Storost

Alltag

Eigentor

In der Husemannstraße 12 im Prenzlauer Berg gab es über viele Jahre eine Ausstellung unter dem Titel „Berliner Arbeiterleben um 1900, Stube, Kammer, Küche“. Bis zum Frühjahr 2000. Dann holte die Eigentümerin der Ausstellungsstücke, die Stiftung Stadtmuseum, ihre Dauerleihgabe wieder ab, weil sie selbst eine Sonderausstellung gestalten wollte und die Exponate außerdem konservatorisch behandelt werden mußten. Das ist gesche-

hen – und jetzt stehen die Exponate im Depot und bleiben so der Öffentlichkeit verborgen. Den Grund dafür erfuhr der Verordnete Joachim Hildenstein (PDS) jetzt aus einer Antwort auf eine Kleine Anfrage an das Bezirksamt: Man hätte die Einrichtung, das Mobiliar und alle Objekte der Sammlung Berliner Arbeiterleben ja gerne wieder gehabt – und man hätte sie auch anstandslos zurückbekommen – wenn die Abteilung Sozialwesen des Be-

zirkes die Räume in der Husemannstraße nicht in der Zwischenzeit an einen Freien Träger vermietet hätte. Zuständig dafür war die Stadrätin Saager (CDU). Nun sucht das Kulturamt nach langfristig geeigneten, preiswerten Räumen, unter anderem im Gebiet des Quartiersmanagements Helmholtzplatz. Da es aber nicht der einzige ist, der billige Räume sucht, wird sich der Bezirk wohl hinten anstellen müssen.

Träume

Bereits aus dem Jahr 1999 stammt der Plan, den Landschaftsraum Arkenberge in eine Erholungsgebiet umzuwandeln. Nun mußte das Bezirksamt zugeben, daß noch viel Zeit ins Land gehen wird: Bis zum Jahr 2010 wird die Gegend „in dominanter Weise“ durch eine Bau-schuttdeponie „geprägt“ werden. Dies teilte Stadträtin Saager (CDU)

auf eine Kleine Anfrage der Verordneten Dr. Marion Kaulitzki (PDS) mit. Die Umsetzung der Pläne von 1999 sei bisher an der „undurchsichtigen Eigentumsstruktur“ des Gebietes gescheitert. Das Amt denkt für die Zwischenzeit darüber nach, die umliegenden Ackerflächen als Erholungsraum in Pankow weiterzuentwickeln. Dafür sollen, wenn eine bezirkliche Kofinanzierung gesichert ist, vor allem Mittel

der EU verwendet werden. Konkrete Pläne liegen aber auch dafür noch nicht vor, weil die Äcker bis 2002 verpachtet sind. Für die Verbindung des solcherart in weite Ferne gerückten Erholungsgebietes mit einem Energiepark, wie ihn die Pankower Lokale Agenda 21 empfohlen hat, stellt das Amt Bedingungen. So soll es sich um eine Demonstrationsanlage handeln, die baugenehmigungsfähig ist.

Ansporn

Am 17. September 2001 wurde der 100. Geburtstag von Else Jahn in der nach ihr benannten Straße Weißensees mit einem kleinen Festakt begangen. Dabei fiel den Anwohnern auf, daß an den Straßenschil-

dern die üblichen biographischen Angaben fehlten. Von der Verordneten Rosemarie Fischer (PDS) darauf angesprochen, zuckt das Tiefbau die Achseln: Es weiß nichts von Erläuterungstafeln. Schon 1995, als die Straßenschilder erneuert wurden, seien solche Tafeln

nicht vorhanden gewesen. Man könne sie aber anfertigen und montieren, wenn man weiß, was draufstehen soll. Bei den vielen Bürgerinnen und Bürgern, die sich mit der Geschichte ihres Stadtbezirkes beschäftigen, kann dem Tiefbauamt da doch sicher geholfen werden.

Armutzeugnis

Der exponierte Standort des Infostandes der Rechtsextremen auf dem Weißenseer Blumenfest in diesem Jahr hat für viel Unmut in der Bevölkerung aber auch unter den Bezirksverordneten gesorgt. Nun wollte der Verordnete Tobias Barthl (BüG) vom Bezirksamt wissen, ob und wie es Einfluß auf die Standortvergabe hatte und seit wann es wußte, daß die NPD dort einen Stand haben wird. Bürgermeister Lubawinski (SPD) mußte nun einräumen, daß das Bezirksamt die Teilnahme der NPD zwar bedauert, aber keine Möglichkeiten sah, es zu verhindern. Die Zwänge, in denen das

Amt steckt, solange die NPD eine legale und zugelassene Partei in der Bundesrepublik ist, kann niemand verkennen. Das die „Projektgruppe Feste in Pankow“ beim Bürgermeister aber alle Möglichkeiten zur Einflußnahme auf die Gestaltung des Festes aus der Hand gibt, in dem die gesamte Logistik und damit letztendlich das tatsächliche Erscheinungsbild des Festes dem privaten Veranstalter, der Firma M. Nareyka GmbH, überlassen wird, kann man nicht mehr nur bedauern, das muß man ändern. Wenn sich die Bürgerinnen und Bürger in Weißensee darüber hinaus erinnern können, daß bei gleichem Veranstalter es auf den Festen in der Vergangenheit

gelingen war, die legalen Neofaschisten im Hintergrund „zu verstecken“, kann sich das Bezirksamt nicht so einfach aus der Affäre mogneln. Auch wenn es erst kurzfristig über die Absicht der NPD in Kenntnis gesetzt worden sei, wäre es bei entsprechender Vertragsgestaltung und festem Willen möglich gewesen, Einfluß auf die Festgestaltung zu nehmen. Man kann bei einem privaten Veranstalter die notwendige politische Sensibilität nicht einfach voraussetzen. Und andererseits muß sich der Veranstalter die Frage gefallen lassen, warum er das Bezirksamt erst so kurzfristig informierte.

Wolfram Kempe

Klönchnack

In der Maiausgabe von extraDrei glossierten wir unter der Überschrift „Gästeschießen“ die Partnerschaft zwischen dem Bezirksamt und der Führungsunterstützungsbrigade 4 (schnittig „FüUstBrig4“ genannt) der Deutschen Bundeswehr. Dieser Text hat insbesondere Bürgermeister Lubawinski (SPD) so geärgert, daß uns der Leiter seiner Pressestelle, Herr Tobias Schietzelt, eine „Richtigstellung“ schickte. Nun sollte man bei einem Mann in dieser Position erwarten können, daß er den Unterschied zwischen den journalistischen Formen „Bericht“ und „Glosse“ erkennen kann, aber sei's drum. Auch um das Vorhandensein oder die Abwesenheit von Humor soll es nicht gehen – darüber haben sich Deutschland gerade mit Blick auf hiesige Verwaltungen schon ganz andere den Kopf zerbrochen oder mußten Irrtümer teuer bezahlen.

Nein, es ging und geht ums Prinzip, ums militärische Prinzip um genau zu sein, das im zivilen Leben mindestens komisch ist. Zu allen Zeiten hat sich das militärische Prinzip in Deutschland zuerst in der Sprache verraten. Zum vierten gemeinsamen „Dämmerschoppen/Klönchnack“ in den Zillestuben der Julius-Leber-Kaserne wird dar-

um folgerichtig auch nicht eingeladen - ein solche Veranstaltung wird „durchgeführt“. So jedenfalls steht es in einem „Vermerk“ des Büros des Bürgermeisters vom 24. Oktober 2001, der verschickt wurde und wohl als Einladung gemeint sein sollte. Selten habe ich so wie hier bei der Lektüre sprachlicher Ergüsse der Verwaltung das Gefühl gehabt, strammstehen zu sollen. Dies zu glossieren ist aber gerade kein Ausdruck für „das sinkende Niveau der politischen Kultur in dieser Stadt“, wie Herr Schietzelt (oder der Bürgermeister?) meint, es ist das genaue Gegenteil. Die Benutzung von Feuerwaffen jenseits von Polizei oder Jagd ist eben auch nicht nur „vermeintlich“ militärischen Charakters, wie Herr Schietzelt weiter schreibt, denn die Waffen des Militärs dienen ausschließlich einem einzigen Zweck: dem Töten von Menschen. Und bei der Vorstellung, daß die „gegenseitige Unterstützung“ von Bezirksamt und FüUstBrig4 „angesichts leerer öffentlicher Kassen“ zur „Überbrückung personeller ... Engpässe“ dienen könnte, wird mir ehrlich gesagt schwummerig.

Der vorletzte Satz der Erwiderung der Pressestelle des Bezirksbürgermeisters lautet: „Einerseits basiert

diese Idee (der Partnerschaft – d.A.) auf historischen Erfahrungen, andererseits findet sich hier auch eine besondere Form der Demokratie wieder.“ Die ganz normale Demokratie reicht offenbar nicht mehr aus, denn „besondere Form“ kann ja nur eine Demokratie im Befehlston meinen. Damit ist das Bezirksamt dann auch in guter Nähe zum Kanzler, der es sich angewöhnt hat, so mit seinen Kritikern umzugehen.

Darüber hinaus sollte Bürgermeister Lubawinski als ehemaliger Mitarbeiter der Volksbildung der DDR eigentlich genug haben von den einschlägigen historischen Erfahrungen auf diesem Gebiet. Für ihn und andere Vergeßliche: Der „Tag der Nationalen Volksarmee“ war der 1. März, vierzehn Tage vorher wurden in den Grundschulen des Landes die Kinder angehalten, hübsche Glückwunschkarten zu malen, und das „Große-Kindergarten-Soldaten-Spiel“ sowie das Lied „Mein Freund ist bei der Volksarmee“ gehört auch zu diesen historischen Erfahrungen. Wem das zu starker Tobak ist, der erinnere sich bitte an das Lied von Panach und Kunert (RENFT) mit der schönen Zeile „Soldaten sehen sich alle gleich, lebendig und als Leich“.

Wolfram Kempe

WANNWOWASWANNWOWASWANN

21. November

19 Uhr AG Politische Bildung, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76

22. November

19 Uhr Bezirksvorstandssitzung, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76

29. November

17.30 Uhr Konstituierende Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung, Bezirksamt Fröbelstraße, Tagungssaal der BVV

1. Dezember

20 Uhr Liedercafé mit Barbara Thalheim im LabSaal, Alt-Lübars 8 (Bus 222, Endhaltestelle) – Kartenvorverkauf über „Roter Laden“, Schloßstraße 22 (Tegel) oder Abendkasse 10,- DM (5,- erm.)

1./2. Dezember

1. Tagung des 8. Landesparteitags der PDS Berlin im Rathaus Schöneberg, u.a. Neuwahl des Landesvorstandes

4. Dezember

19 Uhr Bezirksvorstandssitzung, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76

6. Dezember

16 und 19 Uhr Basistag der PDS Berlin Drei, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76

17 Uhr Die PDS nach dem Dresdener Parteitag. Diskussionsveranstaltung des OV Weißensee mit André Brie (MdEP), im Treffpunkt Links, Pistorisstraße 24

11. Dezember

18 Uhr Briefmarkenaustausch im Rahmen der „Briefmarkenaustausch mit Natur- und Umweltmotiven“ des Umweltbüros Weißensee, im Frei-Zeit-Haus, Pistorisstraße 23

Impressum

Herausgeber: Bezirksvorstand der PDS Berlin Drei
Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81
www.pds-berlin-drei.de
eMail: redaktion@pds-berlin-drei.de

Verantwortliche Redakteure: Renate Tepper, Klaus Gloede
und Wolfram Kempe
Gernot Klemm

V.i.S.d.P.:

Redaktionsschluß: 8. November 2001
Druck: double express Auflage: 15.000

Das Blatt wird durch Spenden finanziert. Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 831-505. Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.